

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: vom 1.-16. & 24. 1.20. Gebührend: 10 Pfennig, kleineren Familien 5 Pfennig, Studenten 3 Pfennig, die 3. gepulvert 30 Pfennig, 40 Pfennig, Jahres nach dem Verhältnisse Halle-Saale.
— Bisheriger Empfänger an der Redaktion von 1.20. 1.21.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8. Spaltenzeile 84 mit breiter 10 Pfennig, kleineren Familien 5 Pfennig, Studenten 3 Pfennig, die 3. gepulvert 30 Pfennig, 40 Pfennig, Jahres nach dem Verhältnisse Halle-Saale.
Verlagsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, fernruf Amt Kurfürststr. 29. 69.0
Eigene Druckerei Schriftzettel, — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Donnerstag, 1. Mai 1924

Jahrg. 217 Nr. 60/103

Deutsche Sachverständige reisen nach Paris

Belgische Verhandlungen mit Italien

Reise der deutschen Verkehrs-sachverständigen nach Paris

Berlin, 30. April.
Von unserer Berliner Schriftleitung.
Die von der Reichsleitungskommission der Reparationskommission als Sachverständige für das Eisenbahnsystem benannten Herren Staatssekretäre Bergmann und Kaut sind zu Besprechungen nach Paris abgereist. Die für das Industrie- und Eisenbahnsystem vorgehenden Sachverständigen Geheimrat Müller und Staatssekretär Erntzenberg werden nach Berlin und Paris reisen, als ob vorerst nach nicht daran gedacht ist, daß sie sich nach Paris begeben. Man rechnet ferner im Auswärtigen Amt darauf, daß die Besprechungen möglicherweise in Berlin stattfinden.

Thenuis und Hymans in Mailand

Paris, 30. April.
Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ sind die Zusammenkunft der Thenuis und Hymans im Mai in Mailand stattfinden. So werden die Verhandlungen wieder, die neue internationalisierte Konferenz vorbereiten, die nach den deutschen und französischen Wahlen stattfinden werden, und die wohl die Endregelung der Reparationsangelegenheiten sein wird. Eine beratende Kommission wird ebenfalls in Mailand sein, wenn nicht gefehlt. Man rechnet ferner im Auswärtigen Amt auf die Möglichkeit einer zweifachen Konferenz, die eine gewisse Unterabteilung des Reparationsprogramms, das man jetzt durchzuführen im Begriff ist, vorzunehmen soll, glänze man in Brüssel, daß das Einverständnis der Mächte niemals soher gemessen sei und nicht mehr einem Unterabteilung politischer Art glücken.

Das offizielle Kommuniqué der Reparationskommission

Paris, 30. April.
(Eigener Drahtbericht).
Die Reparationskommission hat ihre offizielle Sitzung im Laufe des Vormittags in eine offizielle Sitzung umgewandelt, um zu Beginn des Nachmittags ein Kommuniqué veröffentlicht zu lassen. Der Bericht lautet:
Die Reparationskommission beschließt:

Um die Sicherheitsfrage

Berlin, 30. April.
Von unserer Berliner Schriftleitung.
Das „Reiniger Tageblatt“ läßt sich aus Wien melden, die belgischen Ministerien nach Paris und London dienen vor allem und der Lösung der Sicherheitsfrage, die man zwar im Vordergrund, aber mit um zu größerer Energie behandle. In den Kreisen der Rheinlandkommission verläute, daß Kauten die der Rheinlandkommission werden solle. Bei dieser Lösung werden Kommissionen des Völkerbundes weitgehende Kontrollrechte einräumen. In dieser Richtung ist zu sagen, daß auch andere Informationen nach, die Sicherheitsfrage allerdings eine ganz wesentliche Rolle in den schwedischen internationalen Verhandlungen spielt, da Frankreich bekanntlich die Zentrale vertritt, immer dann, wenn die Reparationsfrage in der Gefahr der Lösung steht. Die Frage seiner militärischen Sicherung ist der Vordergrund zu stellen. Es scheint, als ob man von der belgischen Seite nach wie vor den Gedanken propagiert, die Verhandlung zu einer Art Kontroll-Vereinigung zu machen und sie in der Richtung einer internationalisierten. Von belgischer Seite ist gegen diesen gefährlichen Gedanken nicht geradezu laut gemacht worden, im Gegenteil haben gewisse belgische Kreise, die im Auslande als in guter Verbindung mit dem deutschen Außenministerium stehen, sich eher unterhalten als selbstständig. Soll eine solche Regelung getroffen werden, so ist die Zeit, daß die belgischen Behörden sich nicht geradezu laut gemacht worden, im Gegenteil haben gewisse belgische Kreise, die im Auslande als in guter Verbindung mit dem deutschen Außenministerium stehen, sich eher unterhalten als selbstständig. Soll eine solche Regelung getroffen werden, so ist die Zeit, daß die belgischen Behörden sich nicht geradezu laut gemacht worden, im Gegenteil haben gewisse belgische Kreise, die im Auslande als in guter Verbindung mit dem deutschen Außenministerium stehen, sich eher unterhalten als selbstständig.

Die Eisenbahner gegen das Gutachten

Berlin, 30. April.
Von unserer Berliner Schriftleitung.
Unter dem Vorzeichen des Staatssekretärs Kauten fand heute im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung des organisierten Aufsichtsrates der Reichsbahn statt, bei der Vertreter des Personals wie der Verwaltung zu gleichen Teilen anwesend waren. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand das Sachverständigen-Gutachten, dessen Auswertung auf die deutsche Reichsbahn unterstellt werden. Man wird abzuwarten haben, welche offizielle Kommunikation über diese Besprechung herausgegeben wird, aber, ohne dieser amtlichen Benachrichtigung vorzuziehen zu wollen, ist bereits heute festgestellt, daß die belgischen Stimmen, die sich bei der Besprechung gegen die von der Reichsregierung eingeschlagene Politik ausgesprochen, bei weitem überwiegen. Der Organisations-ausschuss beschäftigte sich eingehend mit der Frage der „Rechte des Eisenbahnerpersonals“ und beschloß dann, von Reichsverkehrsministerium zu fordern, daß die Regelung der Personalfrage im Zusammenhang mit den Reparationen vorweg behandelt werden solle.

Bradbury reist nach London

Paris, 30. April.
Die Delegierten der Reparationskommission sind heute vor-mittags im „Hotel Victoria“ zu einer offiziellen Sitzung zusammengetreten. Sie werden sich im Laufe des Nachmittags über den Gang der Verhandlungen einigen. Ueber den Verlauf der Besprechungen verläute nicht bestimmt. Der englische Delegierte Bradbury reist noch heute nach London ab. Obgleich über den genauen Zweck seiner Reise nichts mitgeteilt wurde, ist es doch, daß er von Washington genutzte Aufstellungen der englischen Regierung einholen wird. Eventuell nimmt er auch an der Zusammenkunft zwischen Frankreich und Thenuis teil.

Snouwend's Budgetentwurf einstimmig bewilligt

London, 30. April.
Das Unterhaus hat einstimmig seine formelle Zustimmung zu den Budgetentwürfen des Schatzkanzlers erteilt.

Die vorgeschlagenen neuen Einwanderungsquoten

New-York, 29. April.
Das gemeinsame Komitee von Repräsentantenhaus und Senat, das wegen eines Kompromisses über das Einwanderungs-gesetz verhandelt, hat nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Senator Reed informierte die Konferenz nach einer Unterredung mit Coolidge über seinen Ansicht. Mit der endgültigen Annahme der am weitesten Quoten glaubt man, daß die Annahme des Antrages Reed sichergestellt ist. Das Wichtigste dieses Antrages ist die Festsetzung einer neuen Quote bis 1927. Folgende Zahlen gelten als Quoten bis 1927 und nachher, wenn das Amendement nicht angenommen wird: Deutschland 47.220 bis 1927, nachher 29.018, Österreich 1000 beim 1842, Ungarn 585 beim 1288, Tschechoslowakei 1970 beim 1220, Schweden 668 beim 602, Japan 4589 beim 5578, Niederlande 1727 beim 2870.

Coolidges Eingreifen in der Einwanderungsfrage

London, 30. April.
Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Coolidge, wie aus zuverlässiger Quelle verläute, den Mitgliedern des Einwanderungsausschusses den Rat erteilte, die Inkonsistenz der Verträge betreffend die Ausfüllung japanischer Einwanderer zu berücksichtigen, damit Verhandlungen bis zum Ablauf eines neuen Vertrages stattfinden können. Der gemeinsame Ausschuss des Senats und der Kammer, der sich mit der Prüfung der Einwanderungsfrage befaßt, hat die Vorschläge des Präsidenten Coolidge akzeptiert und soll sie abgeben. Unter diesen Umständen wird die gesamte Frage im Senat und in der Kammer demnächst zur Sprache gelangen.

Der neue Gesandte für Mexiko

Berlin, 30. April.
Der Leiter der Ostasiendelegation im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Knipping, ist an Stelle des verstorbenen Gesandten Graf Monipollis zum Gesandten in Mexiko ernannt worden.

Gesandter Knipping ist ursprünglich aus dem Justizamt herbeigekommen. 1896 wurde er als Gerichtsassessor zum Auswärtigen Amt beurlaubt, drei Jahre als Legationsssekretär in Wien geschickt und nach kurzer Zeit nach Mexiko berufen. In Mexiko ist Knipping lange Zeit tätig gewesen, u. a. als Konsul in Mexiko. Seit mehreren Jahren leitete Knipping als Ministerialdirektor die offizielle Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Die deutschen Vertreter bei den Wiener Verhandlungen

Berlin, 30. April.
Von unserer Berliner Schriftleitung.
Bei den heute in Wien aufgenommenen deutsch-polnischen Verhandlungen wird Deutschland durch den Staatssekretär Erntzenberg und Geheimrat Kauten zum Auswärtigen Amt vertreten.

Türkisch-französischer Konflikt

Konstantinopel, 30. April.
Die „Times“ melden aus Konstantinopel, die Frage an der türkisch-französischen Grenze werde gelöst. Aus Ankara wird gemeldet, daß General Foch, der Befehlshaber des fünften türkischen Armeekorps, dort mit seinem Stabe eingetroffen ist, um „Arbeitsgespräche“ zu veranstalten. Die türkischen Behörden aus Ankara scheinen, daß ein deutsch-französischer Streitigkeiten vollständig zerbrochen und daß 51 Personen verhaftet und nach Aleppo verbracht worden seien.

Schwedisch-russische Postunion

Stockholm, 30. April.
Der Generaldirektor der schwedischen Postverwaltung ist in Moskau eingetroffen, um mit der Sowjetregierung Verhandlungen über den Abschluß einer Post-, Telegraphen- und Telefonunion zwischen dem Sowjetland und Schweden zu führen.

Motorradunglück eines französischen Kontrollkommissionsmitgliedes

Breda, 30. April.
In der Nähe von Breda stieß ein Mitglied der französischen Kontrollkommission mit einer Begleitkraft auf einem Motorrad auf der Chaussee mit einem Radfahrer zusammen. Der Motorradfahrer erlitt einen schweren Schädelbruch, die Begleitkraft erlitt leichte Verletzungen, während der Radfahrer einen schweren Beinbruch erlitt. Der Franzose wurde ins Krankenhaus überführt, wo er halb darauf seinen Verletzungen erlag.

Neue Infaktion französischer Eisenbahner

Paris, 30. April.
In den letzten Tagen sind hier eine Anzahl französischer Eisenbahnbeamten mit ihren Familien eingetroffen, für die gegen 15 mehrstädtige Wohnungen freigegeben werden mußten.

Flaggenverbot im besetzten Gebiet

Düsseldorf, 30. April.
Nach einer neuen Verfügung (112) des Generals De Guette über das Flaggen ist es in den besetzten Gebieten verboten, auf öffentlichen oder privaten Gebäuden jegliche nationale Flagge aufzuhängen, ohne die vorherige Genehmigung des kommandierenden Generals des betreffenden Gebietes zu besitzen. Die auf dem Wasserwege verkehrenden Schiffe können ohne vorherige Genehmigung ihrer Nationalflaggen und andere durch die Schiffahrtsbehörden genehmigten Flaggen hissen. Verboten werden weiterhin jegliche Kennzeichen auf Land- und Wasserfahrzeugen, soweit es sich dabei nicht um die Kennzeichen des Roten Kreuzes, um Post- und Luftpostzeichen sowie kaufmännische Zeichen, ausgenommen die auf den Wasserfahrzeugen und den Seitenflächen der Kraftfahrzeuge befindlichen, handelt. Kennzeichen werden mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu 10.000 Goldmark bestraft.

Englischer Wechsel im Kommando der Rheinarmee

London, 30. April.
Die „Daily Telegraph“ erfährt, wird General Sir Alexander Goble, Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee, in Bälde nach England zurückkehren und durch Generalleutnant Sir John de Cane ersetzt werden. Der vor dem Weltkrieg als einer der drei fähigsten Stabschefs der britischen Heeres gegolten habe, und im Jahre 1918 britischer Vertreter im Hauptquartier des Feldmarschalls und Oberstleutnant in Paris, wurde England durch die britischen Offiziere verlassen, die am besten mit den Deutschen und ihren Verbündeten vertraut seien. Von diesem Standpunkt aus sei die neue Ernennung besonders zu begrüßen.

